

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 216

für Anhalt und Thüringen.

Nummer 519

**Bezugspreis:** von 12.— bis 14.12.000 Goldmark. — Abstellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und andere Anstalten entgegen. — Bitte Gemalt mit dem Preis von Subskribenten.

**Halle-Saale**  
Diensttag, 11. Dezember 1923

**Anzeigenpreis:** Die 5 Spalten 84 mm breit mm-Grundpreis 10 Pfennig. Kleine Anzeigen 6 Spalten, Familien-Anzeigen 4 Pfennig, Zeitungsanzeigen 3 Pfennig. Die 8 Spalten 80 mm breit 20 Pfennig. Nicht nach Tarif. Einrückungstermin: 10 Tage vor.

## Die neuen Gesetzesvorlagen

### Ein Handelsvertrag mit Amerika

#### Ein neuer Handelsvertrag zwischen Amerika und Deutschland

Bonn, 8. Dezember.

Neuer meldet aus Washington: Ein neuer Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ist heute vom Präsidenten Hughes und dem deutschen Reichskanzler Brüning unterzeichnet worden.

Über die Vorgeschichte des soeben abgeschlossenen deutsch-amerikanischen Handelsvertrages erzählt der Berliner 'Volkswacht': Als der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning vor seiner Reise nach Berlin wiederholte Konferenzen mit dem amerikanischen Reichskanzler gehabt hatte, ließ es, das die Absicht den neuen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag mit noch Amerika näher nähere. Ueber Inhalt und Wortlaut des Vertrages Auskunft zu geben, lebte der Reichskanzler Journalisten gegenüber mit dem Bemerkten ab, daß sofort nach seiner Rückkehr in Amerika die Verhandlungen aufgenommen werden würden, vor der Unterzeichnung aber feierlich erklärt gegeben werden könnten. Am 2. Dezember ist die Unterzeichnung in Washington erfolgt, trotzdem man aus dem Weißen Haus nur latenteist mit, daß ein Vertrag auf der Grundlage der Weißbegünstigungs-Planen abgeschlossen worden sei. In dieser Angelegenheit sind aber beinahe immer noch nicht ein gemeinsames Statement, das über dieser Angelegenheit liegt, zu hören.

### Das Kabinett arbeitet

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Dezember.

Das Kabinett hat sich mit Eifer in die Arbeit gefestigt. Das nachdrücklichste bereits eine Kabinettsitzung hat, in der über die Schwierigkeiten der Probleme Bescheid gegeben werden soll. Es wird erwartet, daß auch der Außenminister Dr. Brüning man, dessen Gesundheitszustand in den letzten Tagen sehr bedenklich war, an dieser Sitzung teilnehmen wird. Daraus kann man schließen, daß im Vordergrund der Verhandlungen der neue deutsch-amerikanische Handelsvertrag stehen wird, der am Sonnabend von dem amerikanischen Staatssekretär Hughes und von dem deutschen Reichskanzler Dr. Brüning unterzeichnet worden ist. Ueber die Einzelheiten des Vertrages wird aus amtlicher Stelle strengstens Stillschweigen geübt, bis der Senat ihn ratifizieren wird. Es ist jedoch anzunehmen, daß er auf der Weißbegünstigungs-Planen beruht, und daß er im Großen und Ganzen dem vor dem Senat in Geltung befindlichen deutsch-amerikanischen Handelsabkommen von 1910 entspricht.

Die Unterzeichnung wurde bereits früher auf diese gekommen, wenn sich nicht eine außerordentlich bedauerliche Indisposition ereignet hätte. Ein Exemplar dieses Entwurfes ist in die Hände eines unwürdigen Mitgliedes geraten und zwar scheint dieses Exemplar aus Deutschland zu kommen. Bedenklich wird sich der Staatssekretär mit dieser Angelegenheit befassen, die eine deutsche Illustration der durch die Not in Deutschland hervorgerufenen Korruption darstellt. Weiter stehen auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung die Delegationen, die den Antrag in Geltung befindlichen deutsch-amerikanischen Handelsabkommen ratifizieren werden. Die Angelegenheit der Staatssekretäre besprochen werden wird. Ganz besondere Beachtung sind in Bezug auf die Aufhebung des Weisbegünstigungsplans zu erwarten. Nach einem Entwurf des Arbeitsministeriums sollte die Friedensmiete bis zum 1. Oktober 1924 in Etappen wieder hergestellt werden, von welcher Friedensmiete sollte nur die Hälfte dem Hausbesitzer, die andere Hälfte zu 25 Prozent den Gemeinden und dem Reich zuzahlen, zu dessen Nutzen dann dem Hausbesitzer eine Steuer aufgeschlagen werde. Durch den neuerdings wieder Entschieden scheint man den Gedanken zu fassen, das Reich an dem Mietabkommen zu beteiligen. Die Höhe für die langfristige Aufhebung der Miete bleiben bestehen, jedoch gelten sie als Einheitsmiete. Durch die Länder können höhere Mieten festgesetzt werden und den Ländern und Gemeinden mit den Reich zuzahlen. Sonderformen zu erheben. Wünschenswert wird die besondere Steuerbefreiung zwischen Mieter und Hausbesitzer verteilt.

Weiter wird auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung die nachmalige Durchsicht der Steuerreformvorhaben stehen, die man am Montag in der Kabinettsitzung erledigt werden sollen. Montag vormittag um 10 Uhr trat der parlamentarische Beratungsausschuß zusammen, um die Beschlüsse des Kabinetts entgegenzunehmen und seine Meinung dazu zu äußern.

### Die deutschen nationalen Vertreter im 15er-Ausschuß

(Wigener Drahtbericht.)

Berlin, 10. Dezember.

Was der deutschen nationalen Reichstagsfraktion wird mitteilt, daß die Reichstagskommission vom Sonnabend über die Einsetzung des 15er-Ausschusses, soweit sie die deutschen nationalen Fraktion betrifft, entschieden ist. Die deutschen nationalen

hat den Ausschuß nicht mit fähigen Mitgliedern besetzt, sondern sie einseitig in den Ausschuß die nach dem dort zur Beratung stehenden Gesetzentwürfen mit der in Frage stehenden gelegentlichen Materie besonders vertrauten Sachverständigenmitglieder ihrer Fraktion.

### Friedensmiete und Mietssteuern

Nachdem die Reichsregierung am Sonnabend dem Reichstag das Ermächtigungsgesetz erlassen hat, ist in der laufenden Woche mit einer Reihe von Verordnungen zu rechnen, deren Umfange bereits festzulegen und die nur noch der Endüberprüfung und förmlichen Beschlußfassung durch das Kabinett bedürfen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Maßnahmen auf finanztechnischem und steuerlichem Gebiete. Mit der Umstellung des Reichshaushaltes auf Goldmarken muß auch die Berechnung und Einziehung der Steuer nach Goldmark erfolgen. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits so weit gebracht, daß schon in nächster Zeit mit näheren Mitteilungen von amtlicher Seite gerechnet werden kann. Auch noch eine Reihe anderer Maßnahmen wird erforderlich sein, um die gefassten Steuerreformen, die Voraussetzung für die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushaltsplan, reiflich durchzuführen zu können.

Einer der nächsten Schritte der Regierung wird dann die Neuregelung des Wohnungsmietens sein. Die Regierung hat bereits eine Verordnung über den Mietzins und eine Mietzinssteuer entworfen. Nach dieser Verordnung, über die Einzelheiten bereits bekanntgegeben sind, wird vom 1. Januar 1924 ab der Berechnung der geschätzten Miete die Friedensmiete, und zwar nach dem Stande des 1. Juli 1914 zugrunde gelegt. Zunächst wird aber nur ein Teil der Friedensmiete erhoben, der sich erstreckt auf die Verhältnisse der Friedensmiete mit einem bestimmten Prozentsatz des Lebenshaltungskostenindex. Dieser Grundbetrag, der im Januar 26 Prozent beträgt, ist progressiv gestiegen, so daß am 1. Oktober 1924 die volle Friedensmiete erreicht sein wird. Der Vermieter erhält jedoch nicht den vollen geschätzten Mietzins, sondern nur einen Betrag, der sich wieder aus der Verhältnisgleichung der Friedensmiete mit einem diesmal geringeren Grundbetrag des Index zusammensetzt. Der darüber hinausgehende Teil der geschätzten Miete wird als Mietzinssteuer zu gleichen Teilen an die Gemeinden und das Reich abgeführt. Die für den Vermieter in Betracht kommenden Grundbeträge sind vom 1. Januar 1924 ab 26, vom 1. Februar 27, vom 1. März 28, vom 1. April 29, vom 1. Mai 30, vom 1. Juni 31, vom 1. Juli 32, vom 1. August 33, vom 1. September 34, vom 1. Oktober 35 Prozent und vom 1. November 36 Prozent. Die Mietzinssteuer soll zum 1. Februar 1924 erhoben werden. Der Reichsanteil soll hauptsächlich zur Förderung des Wohnungsbauwesens verwendet werden. Bis 30. September 1924 hofft man, daß 200 Millionen Goldmark und bis 30. Juni 1926 weitere 200 Millionen Goldmark für Neubauten aus dem Reichshaushalt zur Verfügung werden können. Weiterhin wird eine der nächsten Aufgaben des Reichsministeriums bestehen, das Arbeitslosengeld auf neue Grundlage aufzubauen. Die Pläne der Regierung in Bezug auf die Arbeitszeit der Beamten und Arbeiter des Reiches sind bereits bekannt. Man wird hier zu der nächsten Kabinettsitzung übergehen.

Auch in den Reichs- und Provinzparlamenten werden schon in den nächsten Tagen erhebliche Entscheidungen fallen. Hier hängt allerdings viel von der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im besetzten Gebiete ab, die in den letzten Tagen einen nicht unangenehmen Verlauf nehmen. Vor allen Dingen drückt es sich hier um die Finanzierung der Städte und Gemeinden des Ruhrgebietes durch das Reich, um Beamtenfragen, die Gewerkschaftsfrage und die Abgrenzung der Kompetenzen der neugebildeten Rhein- und Ruhrkreise. Die Frage der Gewerkschaftsfrage im Ruhrgebiet ist durch vorläufigen Kabinettschluß dahin geregelt worden, daß eine Differenzierung nicht stattfinden, sondern das Gewerkschaftsfrage im besetzten Gebiete völlig gleichmäßig erfolgen soll. Die Mittel für die Gewerkschaftsfrage sind bis 1. März nächsten Jahres gesichert.

Die Frage des Rückbaus des Kustanmerkungsaufbaus steht nicht im Vordergrund der nächsten Entscheidungen. Man wird aber auch hier in absehbarer Zeit mit einer Wiederherstellung rechnen können.

### Fehrenbach — Zentrumsvorsitzender

Berlin, 8. Dezember.

Wie die 'Kriegsblatts-Union' aus parlamentarischen Kreisen hört, hat das Zentrum in seiner Sitzung am 6. d. M. den früheren Reichstagskammer Fehrenbach zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion gewählt.

### Eine neue Verordnung über die Höhe der Zuckersteuer

Berlin, 8. Dezember.

Mit Wirkung vom 18. Dezember wird bestimmt, daß die Höhe von Stärkezucker oder Goldmark vierzig Goldpfennige, die von anderem Zucker einundzwanzig Goldmark von 100 Kilogramm Reingewicht beträgt.

### Die Balkanisierung des Westens

Von Dr. K. Rapprecht.

Am Freitag voriger Woche genehmigte die Berliner Regierung den sog. Wainger Vertrag. Dieser Vertrag ist am 1. Dezember durch den Generaldirektor der franco-belgischen Eisenbahnregie im besetzten Gebiet, den Franzosen Broad, und durch die Vertreter der deutschen Verwaltung unterzeichnet worden. Er tritt am heutigen Montag, 10. Dezember, in Kraft. Er entscheidet das Schicksal der Rhein- und Ruhrbahnen. Er bedeutet, um es gleich mit der nötigen Offenheit zu sagen, die Balkanisierung des deutschen Westens.

Ein schwacher Trost ist es nur, daß von heute ab die Offenburger Strecke wieder befahren werden kann, also der direkte Weg nach der Schweiz wieder frei wird, daß die Eisenbahnverhältnisse von Limburg und Dortmund an die deutschen Behörden zurückgegeben werden und daß der Eisenbahnnotenpunkt Wehl wieder deutsch ist. Diesen Vorteilen stehen viele dunkle Punkte gegenüber. An den Grenzstationen der Regie, auf deutschen Boden, am deutschen Rhein muß man aus den weiten deutschen Wägen in die fremden umsteigen und umgekehrt. Man muß doppelt-Postkarten lösen. Ein doppelter Postenapparat ist erforderlich. Man muß die Billette der Regie in Franken bezahlen. Das bekommt man die Franken her? Kommt mit dem Postenbesitzer. Der verlangt 1/2-1 Millionen Papiermark für den Papiertransport, während der französische Franc nur 223 Milliarden wert ist. Eine solche Verarmung des französischen Zahlungsmittels im „eroberten Gebiete“ hält die Bank von Frankreich natürlich auch auf die Dauer nicht aus. Die Regie erhofft Hilfe von der — rheinischen Goldwährung, also von der neuen Wälsche des Herrn Bankiers Fogen. Man sieht, wie angehängt rein wirtschaftliche Motiven in das politische Gebiet abdriften.

Und wie wird es dann mit dem Zoll? Die Zoll- und Polizeibeamten an den Grenzstationen der Regie haben zwar Ordre erhalten, die Ausreiseforderungen vorläufig nicht zu hindern. Aber im Wainger Vertrag sind Zoll- und Steuerfragen nicht geregelt. Man wird noch allerlei Unannehmlichkeiten erleben. Endlich: Was geschieht mit den Reineinnahmen der Regie? Werden sie auf Reparationskonto gebracht oder sollen die Früchte dieses Rhein- und Ruhrplans ohne weiteres in die französischen und belgischen Regierungskassen abgeführt werden? Das politische Staatsgebäude am Rhein, dessen Geburtstagen sich immer deutlicher ankündigen und dessen Parlamentarismus der Sechzigerjahre sich nicht mehr erheben mag: hoffentlich, doch auch Ansprüche auf die Eisenbahnverträge machen. Die Reichsregierung hätte in allen diesen Fragen die Führung behalten müssen. Sie ist ihr entfallen. Man hätte in Berlin gutwillig mit der Parteiinterne zu tun.

Die Eisenbahnregie des besetzten Westens ist im Augenblick, da der Wainger Vertrag in Kraft tritt, eigentlich noch ein militärisches Gebilde. Sie soll „so bald als möglich“ in eine Privatgesellschaft umgewandelt werden, und zwar nach dem Vorbild der französischen Wohngeleisellschaften. An der Spitze stehen zurzeit der bereits genannte erste Direktor Broad, zwei Direktorsadjunkten, der französische Herr Frank und der Vertreter Belgiens, Berger. Der technische Chef de service heißt Herr. Die Leiter der unterstellten Eisenbahndirektionen werden teilweise keine Deutschen sein.

10. Dezember:	
1 Goldmark (Wittlert)	1 000 000 000 000
„ (Geldbau)	997 500 000 000
„ (Geldbau)	1 002 500 000 000
Dollarschuldanleihe	4 200 000 000 000
Goldanleihe	4 200 000 000 000
1 Dollar (Brief)	4 210 500 000 000
1 Dollar (Geld)	4 189 500 000 000
1 Pfd. Sterling	15 345 750 000 000
1 holländ. Gulden	1 593 975 000 000
(Eine Gewähr.)	



# Die finanzielle Unterstützung

## der Separatisten durch Frankreich

Berlin, 10. Dezember.

Einem Duisburger Telegramm der Montagpost werden die finanziellen Hintergründe der Separatistenbewegung gemacht. Es heißt: Der Separatisten-„Vorkämpfer“ Engel, habe während seiner Amerikareise große Beträge für die Arbeitlosen bestimmten Zielenschlagen und darauf vom belgischen Kreditkomitee ein Hilfsmittel erhalten, unverzüglich das Geld zu beschaffen. Als sich Engel in seiner Heimat an den „Vorkämpfer“ Ohm an wandte, erklärte dieser, die Rheinlandkommission bewillige keine Kredite mehr, aber er teile Ohm mit, man habe nach ein- und Engel bekam davon 5000 Francs. In einer Zusammenkunft des Mattheissen Komitees nach der Heberlingung Dortmund nach Ems stattfand, „Sozialkommission“. Die Angaben über die Kredite wurden gemacht, die Parteien erkannten das. Demnach betragen sich 85-40000 Francs. Ein Teil der Gelder und zum Teil auch erhalten haben. Eine Angabe dieser Art hat ein Mitglied des Dortmunder Komitees einem holländischen Journalisten gemacht, wobei er ausdrücklich hinzufügte, daß wenn die Gelder im Rheinlandkommissionen in Belgien die Separatisten unterstützt worden seien, die Geldgeber als Privatleute zu gelten.

## Separatistenvorstoß ins unbefetzte Gebiet

Aberfeld, 8. Dezember.

Über etwa 150 Mann starke Schwärmertruppe wurde in der Gegend von Aberfeld ein Vorstoß gemacht, der sich gegen die dortigen Behörden richtete. Die Schwärmer zogen sich nach dem Scheitern der Operation zurück. Ein Teil der Bande wurde gefangen genommen.

## Mehrarbeit im Ruhrgebiet

Paris, 10. Dezember.

Nach einer Beobachtung aus Düsseldorf ist die Mehrarbeit in verschiedenen Bergwerken in der letzten Woche erheblich. Die Mehrarbeit wird durch den Kohlenverkauf in den Kohlenwerken am 1. Dezember 1922 erreicht. Von dem Kohlenbergwerk sind 100 Arbeiter in Betrieb gesetzt.

## Das neue Kohlenhindernis

Essen, 8. Dezember.

Nach mehrfachen eingehenden Berichten erklären sich die Kohlenhändler in Essen bereit, die Kohlenhändler in den Kohlenwerken zu unterstützen. Die Kohlenhändler sind bereit, die Kohlenhändler in den Kohlenwerken zu unterstützen. Die Kohlenhändler sind bereit, die Kohlenhändler in den Kohlenwerken zu unterstützen.

## Angehobene Einschränkungen im besetzten Gebiet

Paris, 10. Dezember.

Nach einer Beobachtung aus Brüssel ist die Rheinlandkommission bereit, die Einschränkungen im besetzten Gebiet zu erleichtern. Die Rheinlandkommission ist bereit, die Einschränkungen im besetzten Gebiet zu erleichtern.

## Abweisungsbefehle zurückgenommen

Paris, 8. Dezember.

Nach Düsseldorf wird dem „Tempo“ gemeldet, daß bisher die Abweisungsbefehle zurückgenommen worden sind. Die Abweisungsbefehle sind zurückgenommen worden.

## Im Antrag auf Milderung der Besatzungsflotten

Berlin, 8. Dezember.

Die deutsche Regierung hat einen Antrag auf Milderung der Besatzungsflotten gestellt. Die deutsche Regierung hat einen Antrag auf Milderung der Besatzungsflotten gestellt.

## Verbot des „Stahlhelm“ in Sachsen

Dresden, 10. Dezember.

Die sächsische Staatsregierung hat ein Verbot des „Stahlhelm“ in Sachsen erlassen. Die sächsische Staatsregierung hat ein Verbot des „Stahlhelm“ in Sachsen erlassen.

## Berliner Wohltätigkeitsfest der Diplomaten

Berlin, 9. Dezember.

Die Berliner Wohltätigkeitsfest der Diplomaten wurde am 9. Dezember abgehalten. Die Berliner Wohltätigkeitsfest der Diplomaten wurde am 9. Dezember abgehalten.

# Goldmarkberechnung

Berlin, 10. Dezember.

Im Reichswirtschaftsministerium wurde am Sonnabend eine Besprechung über die Goldmarkberechnung abgehalten. Die Besprechung wurde von dem Reichswirtschaftsminister geleitet. Die Besprechung wurde von dem Reichswirtschaftsminister geleitet.

Die Besprechung ist der Ansicht, daß unverzüglich in allen Stufen der Erzeugung und Warenverteilung zur neuen Goldmarkberechnung unter Festlegung aller Willkürpunkte für die Goldmarkberechnung überzugehen ist. Die Besprechung ist der Ansicht, daß unverzüglich in allen Stufen der Erzeugung und Warenverteilung zur neuen Goldmarkberechnung unter Festlegung aller Willkürpunkte für die Goldmarkberechnung überzugehen ist.

# Deutsche Hungerhilfe

Berlin, 10. Dezember.

Am großen Stuhngeschehen des Reichshauses lagte gestern der von den internationalen Hungerhilfe angelegte internationale Antrag für die deutsche Hungerhilfe. Vertreter der Behörden sowie humanitären Organisationen nahmen an der Sitzung teil. Die Besprechung wurde von dem Reichswirtschaftsminister geleitet.

# Kein Protest der Staatssekretäre

Berlin, 8. Dezember.

Eingehende irreführenden Mitteilungen einer Berliner Zeitung über einen angeblichen Protest der Staatssekretäre gegen die neuen Beamtenverordnungen sind zurückgewiesen worden. Die Staatssekretäre haben keinen Protest gegen die neuen Beamtenverordnungen geäußert.

# Abg. Hoehlich über die Lage

Leipzig, 9. Dezember.

Hier sprach am Sonntag auf Einladung der Ortsgruppe Leipzig der Reichstagsabgeordnete Hoehlich über die politische Lage. Hoehlich sprach über die politische Lage und die Lage der Nation.

Strenge Block sollte sich jedoch nicht gegen die Arbeiter richten. Ferner müsse das Parlament umgestaltet und ein Organ mit starker Exekutivgewalt geschaffen werden, damit wir wieder zu einem politischen und wirtschaftlich unabhängigen freien Deutschland kommen.

# Alles in Butter!

Kraus herrscht in Wallots Keller nach der bösen Zeit des Krieges, Innerliches Wohlgefallen. Die Butter ist in Wallots Keller. Die Butter ist in Wallots Keller.

# Aus aller Welt

## Schweres Veranunglück in Oldenburg

Ein Unfalls ereignete sich in Oldenburg. Ein schweres Veranunglück ereignete sich in Oldenburg. Ein schweres Veranunglück ereignete sich in Oldenburg.

## Das Urteil im Prozeß Major

Die Geschworenen des Landgerichts III sprachen gestern die Urteile im Prozeß Major. Die Geschworenen des Landgerichts III sprachen gestern die Urteile im Prozeß Major.

## Das Geheimnis von Diefenhaus

Die Tragödie von Diefenhaus im Ergebeigebiet weist eine neue Wendung auf. Die Tragödie von Diefenhaus im Ergebeigebiet weist eine neue Wendung auf.

## Stunde des Nihilen von Bismarck

Stunde des Nihilen von Bismarck. Die Stunde des Nihilen von Bismarck. Die Stunde des Nihilen von Bismarck.

## Die wilde Rüge

Die wilde Rüge. Die wilde Rüge. Die wilde Rüge. Die wilde Rüge.

Das und Berlin von Otto Zittel. Das und Berlin von Otto Zittel. Das und Berlin von Otto Zittel.

Vertical text on the left margin, likely a page number or index reference.

Vertical text on the right margin, likely a page number or index reference.









Berliner Devisenkurse

Table with columns for Gold Brief, Gold Brie, and various international exchange rates for cities like Amsterdam, London, and Paris.

Oh-Devisen

Table showing exchange rates for various currencies including the Dutch Guilder, Swiss Franc, and others.

Text describing the exchange rate for the Dutch Guilder (Gulden) and its relation to the Reichsmark.

Text discussing the exchange rate for the Swiss Franc (Franken) and its relation to the Reichsmark.

Text discussing the exchange rate for the Czechoslovakian Koruna and its relation to the Reichsmark.

Text discussing the exchange rate for the Hungarian Forint and its relation to the Reichsmark.

Text discussing the exchange rate for the Polish Zloty and its relation to the Reichsmark.

Table titled 'Amstliche Notierungen' showing various market quotations and prices.

Leipziger Börse vom 10. Dezember

Table showing stock market quotations from the Leipzig stock exchange, including various shares and bonds.

Wertbeständige Anleihen

Table showing values for stable securities (Anleihen) and their corresponding market prices.

Berliner Börse vom 10. Dezember 1923. Amtliche Kurse.

Large table of official market prices (Amtliche Kurse) for various commodities, including flour, oil, and other goods, with columns for different grades and prices.

Vertical text on the right edge of the page, possibly a page number or additional information.